



Anja Beiers, Fraktionssprecherin
Werner Stratmann, Fraktionssprecher

Nachtigallenweg 21
48346 Ostbevern
+49 177 2706235
beiersanja@gmail.com

Ostbevern, 17. Dezember 2024

**Haushaltsrede zum Haushaltsplanentwurf 2025 Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Ostbevern**

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wir werden uns in diesem Jahr in unserer Rede kurz fassen und uns vor allem auf die Beratungen zu unseren Themenschwerpunkten konzentrieren.

Doch vorab noch ein kurzer Exkurs zu einem fragwürdigen Antrag der FDP.

Die FDP hat beantragt, schon bei den Beratungen zum Haushaltsplanentwurf die Fraktionen zu verpflichten, zu kostenträchtigen Anträgen Deckungsvorschläge zu machen.

Das ist Unsinn und nicht GO konform! Im Rahmen der Haushaltsplanberatungen sind alle Anträge auch ohne Deckungsvorschläge zulässig. Der Haushalt ist ja eben noch in der Aufstellung, er ist ein vom Bürgermeister als Beratungsgrundlage eingebrachter Entwurf, ein mögliches höheres Defizit durch Fraktionsanträge muss man natürlich politisch verantworten aber genau darüber entscheidet ja der Rat.
(Anders sieht es im laufenden Haushaltsjahr aus. Wenn dort kostenträchtige Anträge gestellt werden für Dinge, die nicht im Haushaltsplan stehen, müssen

Deckungsvorschläge gemacht werden.)

Insofern ist dieser FDP Antrag NICHT zu beraten, da er in die Rechte der Fraktionen eingreift!

Doch nun zum Haushaltsplan:

Der Planentwurf für 2025 stand wieder einmal - wie schon so oft - unter ungünstigen Vorzeichen durch ein drohendes hohes Defizit. Bürgermeister und Kämmerer präsentierten mit der Vorstellung des Zahlenwerkes gleich eine Streichliste, in der schon vorab einige empfindliche Kürzungen in den Plan eingearbeitet wurden.

Eine davon war die Reduzierung des Ansatzes für die Buslinie 418 zum Bahnhof Brock.

Diese Kürzung konnte auf Grund unseres Antrages verhindert werden.

Die Probleme und Unsicherheiten im Zusammenhang mit der Bahnstrecke Münster – Osnabrück und insbesondere die wirtschaftliche und personelle Schieflage der Eurobahn bleiben uns auch wohl in 2025 erhalten.

Doch jetzt unsere Buslinie zusammen zu streichen wäre das falsche Signal gewesen. Attraktive Bus- und Bahnanbindungen insbesondere nach Münster müssen auch zukünftig ein wichtiger Baustein unseres Mobilitätskonzeptes sein und sind für die Verkehrswende unverzichtbar.

Einen erfreulichen Erfolg hatten wir auch mit unserem Antrag zur Beteiligung an regenerativen

Energieprojekten: Zusätzlich zu den schon im Plan vorgesehenen 50.000€ für genossenschaftliche Ansätze werden jetzt 200.000€ für eine mögliche Beteiligung z.B. an Windkraft oder PV-Anlagen in den Haushaltsplan eingestellt.

Die von uns schon lange geforderte Mikrofonanlage für die Rats- und Ausschusssitzungen soll jetzt endlich kommen. Die Akustik im Beverforum und auch in der Aula der JAS ist insbesondere bei hohem Besucherandrang nicht gut. Aber Sprachverständlichkeit bei unseren Sitzungen für Zuhörer und Teilnehmer ist Voraussetzung für eine transparente und inklusive Darstellung unserer Politik und für Akzeptanz unserer Arbeit bei den Bürgern.

Die von CDU und FDP im HFA durchgesetzten zusätzlichen Mittel für den Wirtschaftswegebau sehen wir sehr kritisch. Die Verwaltung hatte ja ausdrücklich darauf hingewiesen, dass zusätzliche

Maßnahmen, die mit diesem Geld zu finanzieren wären, personell nicht zu stemmen sind!

Für unsere Fraktion ist der Wirtschaftswegebau auch momentan nicht prioritär.

Im UPA zeigte sich dann, wozu diese falsche Priorisierung führt: Die von unserer Fraktion beantragten zusätzlichen Mittel für das Mobilitätskonzept und für eine effektive Verkehrsberuhigung und Schulwegsicherung am Hanfgarten wurden von CDU und FDP abgelehnt. Begründung: Kein Geld, keine Notwendigkeit – augenscheinlich wollen CDU und FDP lieber weiter die Interessen der Autofahrer über die Sicherheit der Radfahrer stellen.

Bleibt nur zu hoffen, dass wenigstens die von uns schon seit Jahren geforderte überdachte Fahrradabstellereinrichtung in der Ortsmitte endlich in die Gänge kommt. Zumindest Planungskosten konnten wir hier durchsetzen.

Ebenfalls abgelehnt wurden die von uns beantragten zusätzlichen Gelder für die Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes und für zusätzliche Personalkosten in Form einer halben Stelle für den Bereich Klimaschutz, Klimafolgenanpassung und Mobilität. Und das obwohl der Bürgermeister ausdrücklich darauf hingewiesen hatte, dass ihm in diesem Bereich Überlastungsanzeigen von Mitarbeitern vorliegen.

Wichtige Projekte in diesen so wichtigen Themenfeldern drohen nun in der Schublade zu verschwinden. Und das, wo wir gerade am Tag der UPA-Sitzung zur Kenntnis nehmen mussten, dass 2024 das global wärmste Jahr seit Beginn der Aufzeichnungen sein wird und die Begrenzung der Erderwärmung auf die 1,5% Marke bereits jetzt nicht mehr einzuhalten ist.

Ein dunkler Tag für den Klimaschutz in Ostbevern – dann wurde auch noch unser Antrag zu weiteren ökologischen Aufwertungen von gemeindlichen Grünflächen abgelehnt. - Auch für Artenschutz und Erhaltung der Artenvielfalt kein guter Tag

Nun – immerhin gab es auf unsere Initiative hin dann noch Zustimmung für ein paar Mülleimer am Lienener Damm zur Eindämmung der Vermüllung des Straßenbegleitgrüns - für uns ein schwacher Trost

Ein Wort noch zur möglichen Entwicklung eines neuen Baugebiets Kokamp I:

Wir sehen hier keine Dringlichkeit, insbesondere da ja auf CDU-Antrag hin beschlossen wurde, die Verkäufe in Kokamp III zu strecken - uns also noch länger Grundstücke zur Verfügung stehen.

Aber sollten wir dort in die Planung einsteigen, weisen wir schon jetzt darauf hin, dass wir uns entschieden dafür einsetzen werden, dass dort neuartige, innovative Baukonzepte verwirklicht werden – mit höheren ökologischen, sozialen, und verkehrstechnischen Standards als

wir sie bis jetzt in Ostbevern gewohnt sind ...

Im Hochbaubereich sehen wir für die kommenden Jahre zwei große Projekte als vordringlich an:

1) Der Bau eines neuen Feuerwehrgerätehauses im Brock, für den nun endlich auch seitens der Bezirksregierung die Signale auf Grün gestellt sind und

2) der umfangreiche Ausbau unserer Schulinfrastruktur zur Bewältigung der weiterhin hohen Schülerzahlen und zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Betreuung in der OGS.

Doch das ist Thema von Anja Beiers, der ich an dieser Stelle das Wort übergebe, ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. - Bitte Anja

Danke, Werner

Bleiben wir bei unseren Kindern.

Das auf Verwaltungsinitiative in Greven besichtigte Tandem-Modell, halten wir für unsere Schulen nicht nur für raumeffektiv, sondern auch für pädagogisch wertvoll. Es ermöglicht eine noch engere Zusammenarbeit zwischen Lehrkräften und OGS-Personal – zum Wohle unserer Kinder. Grundsätzlich begrüßen wir aber den Start der offenen Planungen an den Schulen.

Aber: Bildung endet nicht am Schultor.

Das Kinder- und Jugendwerk leistet unschätzbare Arbeit für unsere Jugend. Die Streichung des Sozialkompetenztrainings aufgrund von knappen Personalressourcen ist alarmierend und die Ablehnung einer weiteren Fachkraft kurzsichtig. Wir hätten hier die Chance in die Zukunftsfähigkeit unserer Gemeinde zu investieren!

Immerhin unterstützen und fördern wir viele ortsansässige Vereine durch Richtlinien getreue Zuschüsse. Wir freuen uns, dass die Richtlinien von den örtlichen Vereinen wahrgenommen und genutzt werden!

Kommen wir zur Gemeindeverwaltung. Eine „Minimalbesetzung“, wie von der FDP vorgeschlagen, wäre fatal.

Es wirkt fast ironisch, denn die Gründung einer eigenen Wohnungsbaugesellschaft und der von CDU und FDP geforderte verstärkte Ausbau der Wirtschaftswege in 2025 erfordern mehr Personalkapazitäten, die sie aber nicht konkret benennen. Sie sehen das offensichtlich wie Herr Merz, der gestern verkündet hat, dass einfach alle noch mehr arbeiten müssen.

Unsere Verwaltungsmitarbeiter:innen sind das Rückgrat unserer Gemeinde. Sie verdienen faire Arbeitsbedingungen und ausreichende Ressourcen. Nur so kann der Bürgerservice gewährleistet werden, den unsere Einwohner:innen verdienen und erwarten während die Gemeindeverwaltung gleichzeitig attraktiver Arbeitgeber ist und ihre Mitarbeiter:innen gesund hält!

Wir unterstützen unseren Bürgermeister vertrauensvoll darin, die zukunfts- und effizienzorientierte Umstrukturierung vorzunehmen und gewähren ihm hier **bewusst** Handlungsspielraum. Er hat das Wohl der Gemeinde im Blick!

Nun zu einigen strittigen Punkten: Die plötzliche "Nicht-Befangenheit" des CDU-Ratsmitgliedes Michael Füssel beim Thema Interkommunale Wohnungsbau wirft Fragen auf. Transparenz und Integrität müssen in unserem Rat an erster Stelle stehen und dürfen sich auf keinen Fall an einem Mehrheitsgefüge orientieren. Mal befangen, mal nicht und im Zweifel entscheidet der Rat, in dem die Mehrheiten eindeutig sind. **Das** ist unseriös liebe CDU.

Die Ablehnung eines adäquaten Zuschusses für Frauenhäuser und auch das Beenden der Unterstützung der Entwicklungszusammenarbeit -durch den Verein Ndaba- ist zu kurz gedacht.

Soziale Verantwortung geht über die Gemeindegrenze hinaus. Entwicklungsprojekte, die hauptsächlich durch ehrenamtliches Engagement unserer Bürger:innen erfolgreich umgesetzt werden, sollten auch durch einen gemeindlichen Beitrag anerkannt werden.

Bei den Frauenhäusern hingegen geht es um nicht weniger als die interkommunale Umsetzung der Istanbul Konvention.

Demnach haben Frauen ein Recht auf Schutz vor Gewalt -kostenfrei!- und die Kreise und Kommunen eine Umsetzungspflicht.

Es ist ein Märchen, dass Frauenhäuser über einen weitergehenden Antrag an den Kreistag mehr Zuschüsse gewährt bekämen. Der Kreiszuschuss wird nämlich per Tagessatz verhandelt und bietet eben keinen weiteren Spielraum. Das habe ich vom Kreis sogar schriftlich! Im BGSA hatten wir dieses Jahr Beschäftigte der Frauenhäuser zu Gast und jede und jeder, der oder die diesen Frauen aufmerksam zugehört hat, muss auch verstanden haben, dass hier eine prekäre Finanzierungslage vorliegt. Wir haben als Gemeinde die Möglichkeit das Leid der betroffenen Frauen etwas zu lindern, indem wir dafür sorgen, dass sich die Fachkräfte weniger ums Geldeintreiben kümmern müssen und dafür mehr fachliche Arbeit leisten können.

Positiv stimmt uns, dass unser Antrag zur Umsetzung der Ergebnisse aus den gut besuchten "Pizza und Politik" Gesprächen angenommen wurde. Das zeigt: Bürgerbeteiligung insbesondere die Jugendbeteiligung wird in Ostbevern ernst genommen und in diesem Fall auch mit Geld hinterlegt.

Außerdem sind Planungskosten für die Errichtung einer weiteren Asylbegehrenden Unterkunft hinterlegt. Damit halten wir das zeitliche Versprechen ein, die fertig gestellte Modulbauweise nur als Übergangslösung an der von-Braun-Straße zu nutzen.

Anders sieht es bei einer Zusage für einen öffentlichen Hundeplatz aus. Im letzten Jahr von einer Bürgerin als Antrag eingereicht und abgelehnt, wurde unser diesjähriger Antrag immerhin zur Prüfung freigegeben. Wir möchten einen Begegnungsort für Mensch und Tier schaffen. Wir trauen unseren hundehaltenden Bürger:innen eine verantwortungsvolle Nutzung eines öffentlichen Hundeplatzes durchaus zu!

Wir danken allen Verwaltungsmitarbeiter:innen, unserem Bürgermeister Karl Piochowiak, den Journalist:innen der Lokalzeitungen und allen ehrenamtlich Aktiven unserer Gemeinde für die bereichernde Arbeit in unserer Gemeinde.

Abschließend lässt sich zusammenfassen, dass dieser Haushalt an vielen Stellen einseitig beeinflusst wurde. Gestaltung eben durch Ablehnung parteifremder Anträge.

Das bewegt uns dazu, dem Haushalt zwar mehrheitlich zuzustimmen das individuelle Abstimmungsverhalten unseren Fraktionsmitglieder für diesen Haushalt aber offen zu halten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Werner Stratmann & Anja Beiers

Vorsitzende GRÜNE Ratsfraktion Ostbevern